

Die Türkei gehört nicht zu Europa!

ARMUTSZUWANDERUNG STOPPEN!

KEINE EU-SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND!

Dialog und Kooperation statt Säbelrasseln

Klartext



INFORMATION DER NPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG | AUSGABE 36

WWW.NPD-FRAKTION-SACHSEN.DE

WUSSTEN SIE SCHON,

...daß die Polizei im letzten Jahr **172-mal** zur Asylanten-Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz-Ebersdorf ausrücken mußte? An besonders heiklen Tagen gab es bis zu fünf Einsätze, bei denen bis zu 139 Beamte mitmachten. Asylmißbrauch heißt: Mehr Kosten, weniger Sicherheit!



>> KOMMENTAR
Mario Löffler, MdL

Irrweg „Energiewende“

Die sogenannte „Energiewende“ ist Abzocke pur: Die Bürger und der Mittelstand werden zur Kasse gebeten, um die Öko-Industrie in einem geradezu unverschämten Maße zu subventionieren. Immer mehr Menschen können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen, während die Betreiber von Wind- und Sonnen-Anlagen den großen Reibach machen.

Experten rechnen bis 2030 mit einer zusätzlichen Belastung für Stromkunden in Höhe von 175 Milliarden Euro. Dabei haben sich seit der Liberalisierung des Strommarktes 1998 die Tarife schon um fast 70 Prozent erhöht – woran allerdings hauptsächlich der Staat beteiligt war, dessen Steuern, Gebühren und Abgaben um unfabbare 242 Prozent explodiert sind. Einen nicht unerheblichen Anteil an dieser Preissteigerung hatte und hat weiterhin die EEG-Umlage, die sich allein in den letzten drei Jahren von 2,05 auf 6,24 Cent pro Kilowattstunde mehr als verdreifacht hat!

Heute bestimmt auf dem Energiemarkt nicht mehr die Nachfrage das Ange-

bot, sondern der Wind und die Sonne – und damit Faktoren, die man überhaupt nicht beeinflussen kann. Im Norden pflastert man die Landschaft mit Windrädern zu, hat aber nicht genügend Leitungen, um den Strom in den Süden zu bringen, wo er dringend gebraucht wird. Die Zeche für diese Planwirtschaft müssen private Endverbraucher und kleine und mittlere Unternehmen zahlen, während trotz „Reform“ noch immer weit über 1.000 energieintensive Großkonzerne von der EEG-Umlage befreit sind. Und nun zieht man auch noch Wirtschafts-sanktionen gegen unseren langjährigen, größten und sichersten Erdgas-Lieferanten Rußland in Erwägung.

Wir Nationaldemokraten können nur davor warnen, diese bewährte deutsch-russische Energiepartnerschaft leichtfertig aufs Spiel zu setzen – so wie wir auch weiterhin fordern, den Irrweg der sogenannten „Energiewende“ zu verlassen und endlich zu realistischen Konzepten zurückzukehren, die unsere Bürger weder in die Armut treiben noch im Dunkeln sitzen lassen! ■ ■ ■



Laut Bericht der Suchtkrankenhilfe Sachsen 2012 hat sich die Zahl der Crystal-Abhängigen innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt. Der Jahreszuwachs in der Beratungsnachfrage aufgrund einer Crystal-Problematik war schon 2012 mit 47 Prozent höchst alarmierend. Über die Hälfte der Konsumenten illegaler Drogen greifen mittlerweile zu dem gefährlichen Stoff.

Die NPD-Fraktion hat im Landtag einen Antrag zur verstärkten Bekämpfung des illegalen Handels mit Crystal eingebracht, führt diese Droge doch schon nach kurzer Zeit bei den Süchtigen zu einem massiven körperlichen und psychischen Verfall.

Die Politik, vor allem Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU), hat viel zu lange die Augen vor dieser vermeintlichen „Partydroge“ verschlossen, wie der renommierte Suchtmediziner Dr. Roland Härtel-Petri kritisiert. Auch auf tschechischer Seite wird viel zu wenig gegen die Produzenten und Dealer unternommen. Kriminelle Banden verdienen sich so eine goldene Nase am Leid unserer Jugend!

Damit muß Schluß sein! Es wird Zeit, der Crystal-Schwemme aus Tschechien Einhalt zu gebieten. Wir wollen keine offenen Grenzen für Drogendealer!

Deshalb fordert die NPD-Fraktion:

- » Eine personelle und finanzielle Aufstockung der sächsischen Rauschgift-Ermittlungsgruppen.
- » Personalabbau im Rahmen der „Polizeireform 2020“ stoppen! Erhöhung der Polizeipräsenz im grenznahen Raum.
- » Verstärkung der Bundespolizei an der Grenze, um den Fahndungsdruck zu erhöhen.
- » Mehr Kontrollen an der Grenze, um Crystal aus dem Verkehr zu ziehen!
- » Sachsen muß sich in Tschechien mit Nachdruck für ein Ende der dortigen liberalen Drogenpolitik einsetzen.
- » Der praktisch offene Handel mit Crystal auf Vietnamesen-Märkten im Grenzgebiet muß ein Ende haben!
- » Mehr Suchtprävention und eine Therapiestudie für Sachsen.

Sehen Sie sich hier den Film mit den vollständigen Redebeiträgen der NPD-Abgeordneten an:
www.npd-fraktion-sachsen.de/weg-mit-dem-crystal-dreck



Gillos Wunschtraum

„Ab 2035 beginnt ein neues Zeitalter! Es wird ein Zeitalter sein, in dem wir Herkunftsdeutschen in unserem Land die Minderheit darstellen

werden. Wie werden wir dann behandelt sein wollen? Freundlich, höflich und dazugehörig zu den Zukunftsdeutschen? Oder werden wir uns damit zufriedengeben, als geschützte Minderheit zumindest geduldet zu werden? Ist es okay, wenn wir dann so behandelt werden, wie wir die Zukunftsdeutschen heute noch oft behandeln?“

Quelle: Homepage des Sächsischen Ausländerbeauftragten, Newsletter Nr. 6 vom 10.02.2012 (www.fremdenfreundlichkeit-sachsen.de); Bild: Steffen Pröbldorf | cc by-sa 3.0 de

Tabu-Thema Zuwanderung?

Sachsens Ausländerbeauftragter Martin Gillo (CDU) warnt davor, das Thema Zuwanderung bei den anstehenden Wahlen zu thematisieren. Allerdings widerspricht dies nicht nur einem freien politischen Diskurs, sondern mißachtet zudem die berechtigten Sorgen des Volkes. Der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel gibt zu bedenken: „Im Jahr 2013 wurden 127.000 neue Asyl-Anträge gestellt, so viel wie zuletzt vor 14 Jahren – und in diesem Jahr geht es mit erwarteten 160.000 Asylanträgen weiter. Sachsen mußte im letzten Jahr fast 6.000 neue Asylanten aufnehmen, in diesem Jahr sollen 8.000 weitere dazukommen. So kann es nicht mehr weitergehen!“ Die NPD-Fraktion fordert: Asylbetrug stoppen – Scheinasylanten ausweisen. Asyl darf nur jenen gewährt werden, die tatsächlich politisch verfolgt werden!



Holger Szymanski
NPD-Fraktionsvorsitzender

CHEFSACHE

5 Jahre die Stimme von 100.000 Sachsen

Liebe
Landesleute,

in wenigen Monaten geht die laufende Wahlperiode des Sächsischen Landtags zu Ende, denn am 31. August wird in Sachsen ein neues Landesparlament gewählt. Zeit also, Bilanz zu ziehen über die vergangenen fünf Jahre Landtagsarbeit der NPD-Fraktion. Nüchtern in Zahlen ausgedrückt bestand die Arbeit unserer Fraktion bis zum Redaktionsschluß aus 22 Aktuellen Debatten, 128 Anträgen, 128 Änderungsanträgen, 5 Dringlichen Anträgen, 5 Gesetzentwürfen, 10 Großen Anfragen und 2.707 Kleinen Anfragen der insgesamt acht Abgeordneten.

Waren in der ersten Wahlperiode von 2004 bis

2009 die parlamentarischen Initiativen der NPD sehr stark durch das Thema „Hartz IV“, grundsätzliche Kritik am Souveränitätsverlust durch die EU und die Geschehnisse um die SachsenLB geprägt, traten in der jetzigen Wahlperiode teilweise andere Themen in den Mittelpunkt. Ein großes und immer wiederkehrendes Thema war die Euro-Krise, die in dieser Zeit immer neue Höhepunkte erlebte. Es wurde zunehmend die in den sächsischen Großstädten einsetzende Islamisierung und Überfremdung thematisiert, die sich vor allem durch Moscheebauten manifestiert, sowie die ausufernde Grenzriminalität aufgrund der offenen Grenzen innerhalb der EU, die auch in Sachsen zu einem dramatisch ansteigenden Diebstahl von Autos führt. Gegen Ende der Wahlperiode rückten schließlich die extrem steigende Zahl der Asylbewerber und ihre finanziellen und sicherheitspolitischen Folgen in den Mittelpunkt der politischen Arbeit – und das sowohl im Landtag als auch außerhalb.

So nahmen mehrere Abgeordnete der NPD-Fraktion im Winter 2013 an den denkwürdigen „Lichtelläufen“ in Schneeberg teil, mit denen bis zu 2.500 Bürger der Erzgebirgsstadt gegen die Ansiedlung von Asylanten, vor allem aus Tschetschenien, protestierten. Angesichts weiter steigender Asylantenzahlen, die inzwischen wieder die Dimension der früheren 1990er Jahre annehmen, ist davon auszugehen, daß dieses Thema auch den Landtagswahlkampf im Jahr 2014 prägen wird.

Oft wurde ich an Informationsständen in den vergangenen Jahren gefragt: „Was hat denn die NPD im Landtag eigentlich erreicht? Die anderen Parteien haben doch keinem einzigen ihrer Anträge zugestimmt.“ Richtig, das ist aber im politischen System einer parlamentarischen Demokratie leider normal. Oppositionsparteien bekommen praktisch nie einen Antrag durch. Fragen Sie doch mal Vertreter der LINKEN! Darum geht es aber auch nicht. Unsere Aufgabe als NPD ist es, die

anderen Parteien zu kontrollieren, damit sie nicht freischalten und walten können, weil sie unter sich sind. Und ich bin zudem fest überzeugt: Gäbe es die NPD im Landtag nicht, würde gerade unser Sachsen zu einem bevorzugten Gebiet für die Einwanderer in unsere Sozialsysteme, die aus aller Herren Länder nach Deutschland kommen und dann den einheimischen Steuerzahlern auf der Tasche liegen. Dagegen die Stimme zu erheben, das ist der Auftrag, den uns 100.000 Sachsen bei der letzten Landtagswahl erteilt haben. Ich glaube, wir sind dieser Aufgabe sehr gut nachgekommen.

Bleiben Sie uns treu!

Ihr
Holger Szymanski

f /NPDFraktionSachsen

SCHUFTEN BIS INS HOHE ALTER

Der Umgang mit unseren Rentnern ist ein sozialpolitisches Verbrechen

Im Jahr 2012 gab es in Sachsen 31.600 Minijobber, die über 65 Jahre alt waren – also Frauen und Männer, die im Rentenalter schuften müssen, weil das Geld für einen würdevollen Lebensabend einfach nicht ausreicht.

Im selben Jahr mußten 10.313 Rentner eine sogenannte Grundsicherung vom Sozialamt in Anspruch nehmen, weil die gesetzliche Rente so mickrig ausfällt, daß sie aufgestockt werden muß. Erschreckend ist, daß sich die Zahl der Inanspruchnahmen von Grundsicherung in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt hat, Tendenz steigend!

Von niedrigen Renten sind Frauen besonders betroffen, da ihre gesellschaftliche Lebensleistung in der Familie und bei der Kindererziehung bis heute weder anerkannt noch bei der Rente berücksichtigt wird. So mußten im vergangenen Jahr 6.606 Frauen und 3.707 Männer im Freistaat Grundsicherung beantragen. Doch auch die Grundsicherung mit einem durchschnittlichen Bruttobedarf von mageren 654 Euro ist eine Zumutung

für alle älteren Mitbürger, die ihr ganzes Leben ehrlich und fleißig gearbeitet haben und am Ende ihres Lebens mit Almosen abgespeist werden.

Der eigentliche Skandal aber ist die Haltung der Staatsregierung zu diesem Thema. Am 11. Juni 2013 berichtete die „Freie Presse“, daß der Sprecher des sächsischen Wirtschaftsministeriums, Florian Schaefer, in der hohen Anzahl an Minijobbern keinen Beleg für ständig steigende Altersarmut in Sachsen sieht, sondern den Wunsch der Älteren nach „Spaß“ und „Zeitvertreib“. Das ist zynisch und menschenverachtend!

Für uns Nationaldemokraten gilt, daß unsere Senioren nicht im Stich gelassen werden dürfen. Altersarmut ist kein Naturgesetz, sondern politisch herbeigeführt – und kann auch durch geeignete politische Maßnahmen verhindert werden. In einem so reichen Land wie Deutschland ist der momentane Umgang mit unseren Rentnern ein sozialpolitisches Verbrechen, gegen das sich die NPD-Fraktion auch weiterhin zur Wehr setzen wird. ■■■

NPD-Fraktion für einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit Ankara

DIE TÜRKEI GEHÖRT NICHT ZU EUROPA

Eigentlich ist es sonnenklar: Die Türkei gehört weder geographisch noch kulturell zu Europa. Dennoch ist das islamische Land nun schon seit fast 15 Jahren offizieller Kandidat für einen Beitritt zur Europäischen Union.

Anders als die CDU, die bei diesem Thema ständig herumeiert, wollen die Nationaldemokraten endlich Klarheit. Deshalb forderte die NPD-Fraktion die Sächsische Staatsregierung im Landtag auf, endlich Farbe zu bekennen und sich auf Bundes- und europäischer Ebene für einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzusetzen.



Hierbei brachte der stellvertretende NPD-Fraktionsvorsitzende **Dr. Johannes Müller** auch das Problem der Ausländerkriminalität zur Sprache, das sich nach einem Beitritt der Türkei zur EU noch einmal verstärken würde. Dr. Müller wörtlich: „Im Gegensatz zu den anderen Gastarbeitern aus Südeuropa bleiben die meisten Türken ihrem Gastland Deutschland fremd, ja in vielen Fällen stehen sie ihm sogar feindselig gegenüber. Die Gewaltbereitschaft vieler junger Türken in den Großstädten erschreckt selbst viele integrierte türkische Geschäftsleute, die selbst am lautesten fordern, Sozialtouristen und jugendliche Gewalttäter abzuschieben, damit ihre Stellung als Steuerzahler nicht in Verrut gerät.“

Die Türkei ist heute unter Erdogan islamischer geprägt denn je, mahnte der NPD-Abgeordnete **Jürgen Gansel** an. Ein EU-Beitritt der Türkei hätte eine schier uferlose Einwanderung bildungsferner Muslime aus Anatolien zur Folge. „Wir hätten es dann wirklich mit einem Millionenheer integrationsunwilliger und integrationsunfähiger Kostgänger unserer sozialen Sicherungssysteme zu tun“, so Gansel.



Außerdem darf man nicht vergessen: Eine Türkei-Aufnahme in die EU hätte weitreichende außenpolitische Folgen, denn die Europäer würden schlagartig in die Konflikte des Nahen und Mittleren Ostens hineingezogen und müßten sich zu vielen Konflikten in Nachbarstaaten der Türkei zum eigenen Nachteil positionieren. Auch deshalb setzt sich die NPD-Fraktion mit Nachdruck für einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein. ■■■

ARMUTSZUWANDERUNG AUS SÜDOSTEUROPA STOPPEN!

Keine Roma-Ghettos in sächsischen Städten

Immer mehr Wirtschaftsflüchtlinge aus Rumänien und Bulgarien stellen die Kommunen vor immer größere Probleme. Mancherorts hat sich die Zahl der südosteuropäischen Zuwanderer – bei denen es sich überwiegend um Angehörige der Volksgruppe der Roma handelt – seit 2007 nahezu versechsfacht! Nun kommt es noch schlimmer.

2014: Öffnung aller Einwanderungsschleusen

Seit dem 1. Januar 2014 haben sich die Einwanderungsschleusen wegen der vollen EU-Freizügigkeit für Rumänien und Bulgarien vollends geöffnet. Der Migrationsforscher Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erwartet in den nächsten zwei bis drei Jahren eine Nettoauswanderung von jeweils 260.000 Personen aus diesen beiden Staaten, wovon zwischen 40 und 70 Prozent nach Deutschland kommen dürften, was einer Nettozuwanderung von jeweils bis zu 180.000 Personen entspräche.

Balkan-Wirtschaftsflüchtlinge zieht es zunehmend nach Deutschland, weil hier großzügige Sozialleistungen

winken. Ganze Roma-Clans nutzen schon jetzt die Freifahrkarte, die ihnen von der EU ausgestellt wurde. Die Gefahr besteht, daß auch sächsische Großstädte solche Roma-Ghettos bekommen werden, wie es sie jetzt schon im Ruhrgebiet gibt.

Vandalismus, Vermüllung und Kriminalität

Der „Focus“ veröffentlichte eine entlarvende Reportage über ein von Roma bewohntes Hochhaus in Duisburg-Bergheim: „Gestank zieht sich durchs dunkle Treppenhaus. Es riecht nach Urin und verfaultem Essen. Zerbrochene Flaschen liegen vorm Haus, Berge von Papier, Nahrungsreste, überall Müll. Mitunter finden Anwohner (...) tote Ratten auf dem Asphalt oder in den Büschen vor dem Gebäude.“ Damit einher gehen Vandalismus und Kriminalität.

Angesichts solcher Zustände, die auch Sachsen drohen, hat die NPD-Fraktion im Landtag verschiedene Initiativen gestartet, um

- » **das Schengen-Abkommen für Rumänien und Bulgarien auszusetzen**, denn die dortigen Regierungen wollen offenbar ihr Roma-Problem durch die EU-Freizügigkeit auf Deutschland abwälzen;
- » **die EU-Freizügigkeitsrichtlinie so zu ändern**, daß eine Zuwanderung von Wohlstandsflüchtlingen aus Rumänien und Bulgarien in den deutschen Sozialstaat unmöglich wird;
- » **Scheinselbstständigkeit**, mit der sich Roma hierzulande Kindergeld und andere Sozialleistungen erschleichen, zu unterbinden;
- » **den organisierten Schlepperbanden das Handwerk zu legen**, die die Einwohner ganzer Dörfer Südosteuropas nach Deutschland schleusen.

Statt immer neuer Euro-Rettungsschirme will die NPD-Fraktion einen Anti-Zuwanderungs-Schutzschirm über Sachsen spannen, damit uns Zustände wie im Ruhrgebiet oder anderen westdeutschen Ballungszentren erspart bleiben.

Wir Nationaldemokraten fordern: Sicherheit statt Zuwanderung! Keine Roma-Ghettos in Dresden, Leipzig, Chemnitz und anderen sächsischen Städten!

GRAFFITI-SCHMIERFINKEN

LANDTAG SETZT FORDERUNGEN DER NPD-FRAKTION TEILWEISE UM

Ein eklatantes Beispiel für Polit-Trittbrettfahrerei lieferten neulich die Koalitionsfraktionen ab. Obwohl die NPD-Fraktion erst im Oktober 2013 einen Antrag zur Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien in Sachsen eingebracht hatte (der abgelehnt wurde), kamen CDU und FDP nun mit einem ähnlichen Antrag um die Ecke – allerdings ohne konkreten Maßnahmenkatalog, den die NPD-Fraktion vorgelegt hatte. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

sei, um „den Hüter der öffentlichen Ordnung zu spielen“. Im Grunde sei der Koalition die Graffiti-Kriminalität „wurscht“.

Je näher die Landtagswahl rückt, desto stärker kümmert man sich um Probleme, die sonst nur die NPD anspricht. Sachsens Innenminister Ulbig fährt sogar in der Asylfrage derzeit einen recht harten Kurs, um so auf die Forderungen der Bürger einzugehen, denen die NPD-Fraktion eine Stimme verleiht. Daran sieht



Der innenpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, **Andreas Storr**, zeigte sich darüber erfreut, daß so zumindest ein Teil der NPD-Forderungen umgesetzt werden konnte. Gleichzeitig kritisierte er, daß der CDU/FDP-Antrag nur als Wahlkampfgetöse zu verstehen

man: Obwohl die NPD in der Opposition ist, bewirkt sie etwas im Landtag!

Ohne engagierte Nationaldemokraten im Parlament, die den Herrschenden auf die Finger schauen, bliebe es beim alten Trottl! ■■■

VON WEGEN „EWIGGESTRIG“...

NPD-Fraktion 2.0 – Auch im Netz immer einen Schritt voraus

Vor wenigen Wochen bemängelte ein Sachverständiger in einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses, daß weder die Internetseite des Sächsischen Landtags noch die der Fraktionen heutigen Anforderungen genügen, insbesondere was den Abruf mit modernen Endgeräten anbelangt.

Zumindest für uns als NPD-Fraktion gilt dies nun nicht mehr, da wir gerade mit einer rundum erneuerten Netzseite an den Start gegangen sind und auch unsere Präsenz in den sozialen Netzwerken und im Internet-Videobereich massiv ausgebaut haben.

Die neue Internetseite der NPD-Fraktion ist optimiert für die Nutzung mit Smartphones oder Tablet-PCs und bietet in Form eines modernen Nachrichtenportals alle wichtigen Informationen in Wort und Bild über die Arbeit der Nationaldemokraten im Sächsischen Landtag.

Neben einer umfassenden Vorstellung unserer Abgeordneten finden Sie dort stets unsere aktuellen parlamentarischen Initiativen wie Anträge oder Anfragen sowie alle wichtigen, tagesaktuellen Informationen rund um die



Arbeit der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Über die Netzseite gelangen Sie zudem zu unserem YouTube-Videobereich mit den Reden unserer Abgeordneten sowie zur Präsenz der NPD-Fraktion bei Facebook und Twitter. Selbstverständlich können Sie unsere Nachrichten auch per RSS-Feed abonnieren oder sich in unseren elektronischen Infobrief-Verteiler eintragen, um so immer auf dem neuesten Stand zu bleiben. ■■■

SO ERREICHEN SIE UNS IM NETZ:

- www.npd-fraktion-sachsen.de
- www.facebook.com/NPDFraktionSachsen
- www.twitter.com/Sachsenfraktion
- www.youtube.com/user/npdsachsenlandtag

GELD FÜR DIE OMA STATT FÜR SINTI UND ROMA



comixfabrix@aon.at

Wie gleichgeschaltet die sächsische Politik mittlerweile ist, ließ sich im April beobachten, als die NPD-Fraktion ihren Antrag „Dialog und Kooperation statt Säbelraseln: Keine EU-Sanktionen gegen Rußland!“ einbrachte.

Da wollten die Vertreter der übrigen Fraktionen von Völkerfreundschaft auf einmal nichts mehr wissen und kamen mit einer Rhetorik an, die an finsternste Zeiten des Kalten Krieges erinnerte. Für CDU, FDP, SPD und Grüne ist Rußland im Ukraine-Konflikt der Buhmann. Nur die NPD warnte in der Debatte vor einer einseitigen Sichtweise.

Mit Sanktionen gegen Rußland würde sich unser Land zuallererst ins eigene Fleisch schneiden, warnte der stellvertretende

NPD-Fraktionsvorsitzende **Dr. Johannes Müller**, der darauf hinwies, daß Deutschland der mit Abstand größte Rußland-Exporteur Europas ist. Dr. Müller weiter: „Insgesamt sind rund 6.300 deutsche Unternehmen in Rußland aktiv, darunter nicht nur Dax-Schwergewichte wie Volkswagen oder Eon, sondern auch viele größere mittelständische Unternehmen. An den Geschäften mit Rußland hängen schätzungsweise 350.000 Arbeitsplätze – und im Unterschied zu Pleitestaaten wie den USA, die mit wertlosem Papiergeld bezahlen, werden unsere Ausfuhren nach Rußland letztendlich mit Rohstoffen

KEINE EU-SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND! DIALOG UND KOOPERATION STATT SÄBELRASSELN

wie Öl und Gas beglichen, die für die Energieversorgung Deutschlands, gerade auch vor dem Hintergrund des geplanten Atomausstiegs bis 2022, unverzichtbar sind.“

In diesem Zusammenhang betonte auch der NPD-Abgeordnete **Arne Schimmer**: „Wir streben zwar eine größtmögliche Diversifizie-

rung bei den Energielieferungen an und wollen auch heimische Energieträger verstärkt nutzen, um überhaupt Abhängigkeiten vom Ausland zu verringern. Doch für uns ist ebenso klar, daß zu einem zukunftsfähigen Energie-Mix eben auch russisches Erdgas gehört. Daher fordern wir einen Ausbau der deutsch-russischen Energiepartnerschaft, mit dem es

gleichzeitig außenpolitisch gelingen könnte, mäßigend auf die russische Führung im schwelenden Ukraine-Konflikt einzuwirken.“

Fakt ist: Immer dann, wenn sich Rußland und Deutschland feindlich gegenüberstanden, hatte es für beide Völker verheerende Folgen, während die Zeiten der deutsch-russischen Partnerschaft stets Zeiten waren, von denen beide Völker profitierten: Ob bei der Konvention von Tauroggen 1812, dem von Otto von Bismarck ausgehandelten Rückversicherungsvertrag 1887, dem Vertrag von Rapallo 1922 oder zuletzt bei der Wiedervereinigung 1990.

Die NPD-Fraktion will an diese guten Zeiten deutsch-russischer Kooperation anknüpfen und fordert:

» Aufhebung aller bisherigen EU-Sanktionen wie Reise- und Visaschränkungen oder Ein-

schränkung des Zahlungsverkehrs) und Abwendung weiterer EU-Sanktionen gegen Rußland.

» Aufnahme eines kritischen Dialogs mit der russischen und ukrainischen Konfliktpartei; Deutschland sollte hier (unter sächsischer Beteiligung) die Rolle eines Vermittlers übernehmen.

» Ausbau der deutsch-russischen Energiekooperation, insbesondere im Erdgas-Bereich.

» Ein klares Bekenntnis der Politik zu den sächsisch-russischen Wirtschafts- und Wissenschaftspartnerschaften sowie anderen Formen der Kooperation zwischen dem Freistaat Sachsen und der Russischen Föderation. ■ ■ ■

www.npd-fraktion-sachsen.de/keine-eu-wirtschaftssanktionen-gegen-russland

Sehen Sie sich hier den Film mit den vollständigen Redebeiträgen der NPD-Abgeordneten an:



Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930
V.i.S.d.P.: Holger Szymanski, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

INFO-GUTSCHEIN

Bitte schicken Sie mir kostenlos:

- ☐ Ein Informationspaket
☐ Regelmäßig die Fraktionszeitung „Klartext“
☐ Die CD „Das Lied der Deutschen 2012“
☐ Den Aufkleber „Raus aus dem Euro“
☐ Das Faltblatt „Spritpreisabzocke beenden“
☐ Das Faltblatt „Nein zur GEZ“

Name, Vorname	Alter
Straße	
PLZ, Ort	
E-Mail	
Telefon	

K36



NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: (0351) 49 34 900 | Telefax: (0351) 49 34 930
E-Post: npd@sif.sachsen.de

Unsere Abgeordneten live erleben

Alle Sitzungen des Landtages mit den Reden unserer Abgeordneten werden live im Internet unter

» www.landtag-sachsen.de (Menüpunkt Aktuelles) und im » **Digitalradio (DAB+)** auf **MDR SACHSEN EXTRA** übertragen.

Zudem wird die „Aktuelle Stunde“ des Sächsischen Landtags jeweils an den Plenartagen ab 16 Uhr von den Sendern

» **DRESDEN FERNSEHEN, LEIPZIG FERNSEHEN und CHEMNITZ FERNSEHEN** im Kabelnetz von Kabel Deutschland, Primacom und teilweise auch TeleColumbus im TV ausgestrahlt. Bei Fragen zum Empfang wenden Sie sich bitte an Ihren Anbieter.

Ausgewählte Redebeiträge der NPD-Abgeordneten finden Sie auch auf der Netzseite der Fraktion unter » www.npd-fraktion-sachsen.de und auf unserer Facebook-Seite unter » www.facebook.com/NPDFraktionSachsen.

Die nächsten Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags finden statt am:

- » **21./22. Mai 2014**
» **18./19. Juni 2014**
» **09./10. Juli 2014**

Übrigens: Die Sitzungen des Sächsischen Landtages sind öffentlich. Sie können sich als Besucher also selbst ein Bild von unserer Arbeit im Parlament machen.